EUROPA 08.06.2021 | Asli Aydintasbas

# Türkischer Sonderweg

Die Türkei wendet sich vom Westen weiter ab. Stattdessen möchte das Land regionale Führungsmacht sein – und einen Platz am Tisch der Großmächte haben.

Samuel Huntingtons Essay „The Clash of Civilizations?“, der 1993 in der Zeitschrift Foreign Affairs erschien, wurde in den letzten 30 Jahren immer wieder kontrovers diskutiert. Was auch immer man von der These hält, die kulturelle Identität bestimme die internationale Politik, hinsichtlich der Türkei sollte Huntington aber in gewisser Weise recht behalten. Er sagte voraus, dass die prowestliche Ausrichtung der säkularen Elite der Türkei im Laufe des 20. Jahrhunderts von nationalistischen und islamischen Strömungen verdrängt werde, sobald der Wettstreit des 20. Jahrhunderts sich legt. Und damit lag er genau richtig.

In den letzten Jahren gestalten sich die Beziehungen der Türkei zu den Vereinigten Staaten und Europa, gelinde gesagt, turbulent. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan haben eine Art innige Männerfreundschaft entwickelt und die bilateralen Beziehungen sozusagen personalisiert – zu Lasten nahezu aller anstehenden politischen Fragen.

Die Türkei misstraut jedoch den Vereinigten Staaten, weil sie die kurdischen Kräfte in Syrien unterstützen und sich weigern, den Geistlichen Fethullah Gülen – für Ankara der Drahtzieher des gescheiterten Putsches von 2016 – auszuliefern. Um die Beziehungen der Türkei zu Europa ist es auch nicht besser bestellt. Denn die europäischen Staats- und Regierungschefs sind den zunehmenden Illiberalismus der Türkei und ihre militärischen Muskelspiele im östlichen Mittelmeerraum leid.

Inzwischen wendet Ankara sich neuen Partnern zu. Die Regierung hat – gegen den Willen ihrer NATO-Verbündeten – russische Waffensysteme gekauft und zusammen mit Moskau große Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht, darunter Gaspipelines und den ersten Atomreaktor der Türkei. Gemeinsam haben die Türkei und Russland Einflusssphären in Libyen und Syrien abgesteckt. Und in letzter Zeit umwirbt die Türkei

China, indem sie chinesische Investitionen ins Land holte, den Covid-19-Impfstoff des chinesischen Herstellers Sinovac kaufte und sich weigerte, Pekings Vorgehen gegen die Uiguren zu kritisieren.

*Nach fast 20 Jahren Erdogan hat die Türkei kein großes Interesse mehr daran, zum transatlantischen Club zu gehören.*

Dies ist kein vorübergehender Kurswechsel. Vielmehr ist die Türkei dabei, ihre außenpolitische Ausrichtung grundlegend zu verändern. Nach fast 20 Jahren Erdogan hat die Türkei kein großes Interesse mehr daran, zum transatlantischen Club zu gehören oder die Mitgliedschaft in der Europäischen Union anzustreben. Stattdessen möchte die Regierung das Land wieder als regionalen Hegemon positionieren. Während der Westen sich noch immer nostalgisch an Ankaras historische Rolle im transatlantischen Bündnis erinnert, misstraut die türkische Führung den NATO-Partnern zutiefst und spricht von strategischer Autonomie. Einst das mustergültige Vorbild einer säkularen muslimischen Republik und ein leuchtendes Beispiel für die transformative Kraft der freiheitlichen Ordnung stellt die Türkei heute die Geltung westlicher Spielregeln infrage.

Die Türkei sehnt sich vor allem danach, eine eigenständige Führungsmacht zu sein. Ihre neue Außenpolitik sollte nicht als ein Abdriften in Richtung Russland oder China verstanden werden. Sie ist vielmehr Ausdruck des Bestrebens, in beiden Lagern einen Fuß in der Tür zu behalten und die Rivalitäten der Großmächte für sich zu nutzen. Ins Werk gesetzt wurde dieser Kurswechsel von Erdogans Regime, ermöglicht wurde er durch ein internationales Umfeld, das Erdogan gewähren ließ. Rückgängig machen kann diesen Kurswechsel weder eine neue Regierung in Ankara noch eine wiedererstarkte westliche Allianz. Inzwischen wird die Sicherheitskultur des Landes von einem Netzwerk von Politikerinnen, Bürokraten, Journalistinnen und Wissenschaftlern bestimmt, die einer Annäherung an den Westen unverhohlen skeptisch gegenüberstehen. Eine unabhängige türkische Außenpolitik wird es auch in Zukunft geben.

In den vergangenen Jahren hat sich ein Bruch mit dem Status quo der Nachkriegszeit vollzogen. Doch ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es für den Spagat der Türkei historische Vorbilder gibt. Sowohl das Osmanische Reich im späten 19. Jahrhundert als auch die Türkische Republik in ihren ersten Jahrzehnten hatten versucht, den Staat von

ausländischen Einflüssen abzuschotten und mächtigere Nationen gegeneinander auszuspielen. Um den Niedergang ihres Reiches abzuwenden, ließen die osmanischen Herrscher sich auf immer wieder wechselnde Allianzen ein und schlossen sich zeitweilig mit Österreich-Ungarn, Russland und Großbritannien zusammen, bevor sie den Fehler machten, sich im Ersten Weltkrieg mit Deutschland zu verbünden.

In den 1920er und 1930er Jahren wurde die junge Türkische Republik von der bolschewistischen Regierung in Moskau politisch und militärisch unterstützt. Im Zweiten Weltkrieg blieb die Türkei neutral, die führenden Vertreter des Landes pendelten zwischen Nazi-Deutschland und Großbritannien hin und her, um von beiden militärische Hilfe, Exportkredite und anderweitige finanzielle Unterstützung zu erhalten. Dasselbe Ziel verfolgt heute Erdogan: Er will mit den Weltmächten paktieren, ohne sich für eine Seite zu entscheiden.

*Eine unabhängige türkische Außenpolitik wird es auch in Zukunft geben.*

Zur Umsetzung dieser Strategie bedurfte es einer gewissen geschichtlichen Aufarbeitung. Die Überzeugung, dass die Türkei unter ihren Nachbarn ein Unikum und zu einer regionalen Führungsrolle berufen sei – die ich an anderer Stelle mit der im späten 19. Jahrhundert aufgekommenen Idee vom deutschen „Sonderweg“ verglichen habe –, wurzelt in der Vorstellung von der Türkei als Erbe des Osmanischen Reiches. Die mit der Staatsgründung durch Kemal Atatürk in den 1920er Jahren etablierte säkulare Tradition stützte sich darauf, dass die Osmanen als rückständige und ineffiziente Herrscher dargestellt wurden, die mit den „modernen Zivilisationen“ nicht Schritt halten konnten. Erdogans Türkei schlägt ganz andere Töne an.

Heute werden die osmanischen Herrscher in politischen Reden und in Fernsehfilmen nicht als ungebildete Eroberer geschmäht, sondern als Pioniere einer neuen zivilisatorischen Ordnung gepriesen, die gerecht regierten und ihren Untertanen mehr Fürsorge entgegenbrachten als ihre westlichen Zeitgenossen. Dass die nationalistischen Aufstände eben dieser Untertanen später zum Untergang des Imperiums beitrugen, blendet der neue Diskurs weitgehend aus. Die revisionistischen Historiker der Türkei stellen die osmanische Ära als goldenes Zeitalter der Gelassenheit und Gerechtigkeit dar, das nur durch das Vordringen des „imperialistischen“ Westens gestört wurde.

Die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) beruft sich immer häufiger auf das osmanische Erbe, um ihre Außenpolitik zu rechtfertigen. Regierungsnahe Medien feiern den Ausbau der türkischen Militärpräsenz inehemals osmanischen Gebieten wie dem Irak, Libyen, Syrien und dem Kaukasus als Wiedergeburt eines schlafenden Riesen. Erdogan wiederum wird als „Führer des Jahrhunderts“ gewürdigt – als moderne Version des von ihm verehrten Sultans Abdulhamid II., der sich im späten 19. Jahrhundert dem Ruf nach Verfassungsreformen widersetzte, dem Westen die Stirn bot und den Niedergang des Reiches abwehrte. Mit diesem Vergleich applaudieren türkische Medien Erdogan dafür, dass er gegenüber den Großmächten mit harten Bandagen spielt. Sie bejubeln seine Verhandlungen mit Trump, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seine selbstbewusste Haltung im Nahen Osten und im östlichen Mittelmeerraum.

Ankaras militärische Schlagkraft und Washingtons Rückzug aus dem Nahen Osten ermöglichen es der Türkei, Vorstöße in regionale Konfliktgebiete zu unternehmen. Die expandierende Rüstungsindustrie des Landes liefert die Waffen für die türkischen Truppen im Irak, in Libyen und Syrien. Bewaffnete Drohnen aus türkischer Produktion trugen dazu bei, dass Aserbaidschan im letzten Herbst im Kampf um Berg-Karabach einen entscheidenden Sieg gegen Armenien errang. Die zunehmende Autarkie des militärisch-industriellen Komplexes der Türkei gibt deren Führung das Selbstvertrauen, Machtansprüche in der Region anzumelden, und Trumps Desinteresse am Nahen Osten und sein Wunsch nach einer problemlosen persönlichen Beziehung zu Erdogan eröffneten ihr die Gelegenheit dazu.

*Die Türkei weitete ihre Marineoperationen im östlichen Mittelmeer aus und errichtete Stützpunkte in Katar und Somalia, ohne Widerstand seitens der USA befürchten zu müssen.*

Die Türkei weitete ihre Marineoperationen im östlichen Mittelmeer aus und errichtete Stützpunkte in Katar und Somalia, ohne Widerstand seitens der USA befürchten zu müssen. Vielmehr war es Russland, vor dem sich Erdogan in Acht nehmen musste. Der türkische Präsident baute eine enge Beziehung zu Putin auf und führte jeden Auslandseinsatz in Zusammenarbeit mit Moskau und mit Putins Zustimmung durch. Doch diese Zusammenarbeit hatte ihre Grenzen. So beschränkte Russland zum großen Frust Ankaras die türkische Einflusszone in Libyen, Syrien und im Kaukasus.

Erdogans eigentliches Geschick besteht darin, Schwachstellen im

internationalen System auszunutzen und Gelegenheiten zu finden, Russland und die Vereinigten Staaten gegeneinander auszuspielen. In Syrien zum Beispiel war die militärische Intervention der Türkei eine Bedrohung für die von den USA unterstützten kurdischen Kräfte, aber Washington wusste sie auch als Druckmittel gegen die Eingriffe Russlands zu nutzen. In Libyen erkannte Erdogan eine offene Bresche und handelte prompt: 2019 rückte der libysche Milizenführer General Khalifa Haftar mit einer von Russland und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützten Armee gegen die libysche Regierung vor.

Die Regierung wandte sich in ihrer Verzweiflung von einer westlichen Hauptstadt an die nächste und bat um Hilfe. Die meisten westlichen Staaten waren unwillig oder hatten nicht den Mut einzugreifen. Anders die Türkei: Ihre Streitkräfte halfen der Regierung mit minimalen militärischem Aufwand, Haftars Offensive zurückzuschlagen. Indem die Türkei in solche Konflikte eingreift, gewinnt sie im Zeitalter der Großmachtrivalitäten an Boden. Ankara will sich, wie türkische Kommentatoren gern formulieren, „einen Platz am Tisch sichern".

Erdogan hat es bislang geschickt vermocht, seinen außenpolitischen Machtanspruch zu demonstrieren. Erstaunlich ist, dass ihm dies aus einer innenpolitisch schwachen Position heraus gelingt. Die Türkei befindet sich in einer schweren Wirtschaftskrise mit einer zweistelligen Inflationsrate, einem starken Wertverlust der Lira und einer hohen Arbeitslosigkeit, was zu Kapitalflucht und zu einer Verarmung der türkischen Durchschnittsbevölkerung führt. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten befürchten Ökonomen eine Zahlungsbilanzkrise. Diese Turbulenzen nagen an Erdogans Machtbasis – im April gaben in einer Umfrage nicht einmal 30 Prozent der Befragten an, dass sie ihre Stimme der AKP geben würden. Das sind deutlich weniger als die 49 Prozent, die noch 2015 für die Partei stimmten.

*Zum ersten Mal seit Jahrzehnten befürchten Ökonomen eine Zahlungsbilanzkrise.*

Auch Erdogans außenpolitische Bilanz wird ihn möglicherweise nicht retten. Ebenso wie auch die Angehörigen vieler anderer Nationen glauben die Türkinnen und Türken, dass ihrem Land eine Sonderrolle gebührt. Laut Umfragen erfreut sich die Idee, dass die Türkei auf der Weltbühne wieder zu ihrer alten Größe zurückfindet, in der Bevölkerung großer Beliebtheit und die meisten Wählerinnen und Wähler teilen Erdogans Misstrauen gegenüber dem Westen und insbesondere gegenüber den USA. Den meisten – mit Ausnahme der schärfsten Nationalisten – reicht das aber nicht

aus. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler ist pragmatisch: Sie wollen nicht, dass die Türkei sich von ihren westlichen Verbündeten entfremdet, weil dies ihren wirtschaftlichen Wohlstand und ihre Lebensqualität beeinträchtigt. Die Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaft liegt immer noch bei etwa 60 Prozent, nicht weil sich die türkischen Bürgerinnen und Bürger als Europäer fühlen, sondern weil vielen klar ist, dass die Integration in die EU eine stärkere Wirtschaft und eine bessere Regierungsführung bedeutet.

Während die Regierung sich damit brüstet, dass sie einen Militärstützpunkt in Libyen errichtet und Ziele der Arbeiterpartei Kurdistans im Irak bombardiert, gehen in der Türkei Unternehmen in Konkurs, müssen Geschäfte dichtmachen und die Renten schrumpfen. Auch hat die Türkei es bisher nicht geschafft, ausreichend Covid-19-Impfdosen von Herstellern im Ausland zu beschaffen; nur etwa zehn Prozent der Türkinnen und Türken sind geimpft.

Kurzum: Für die meisten Bürgerinnen und Bürger ist noch nicht ersichtlich, dass Erdogans ehrgeizige internationale Agenda der Türkei wieder zu alter Größe verhilft. Trotz des unermüdlichen Nationalismus der regierungsfreundlichen Medien hat die Bevölkerung zunehmend das Gefühl, Erdogan würde in der Außenpolitik zu stark vorpreschen. Die Türkei scheint ihren Kompass verloren und zu viele Freunde verstimmt zu haben – vielleicht macht sie hier einige derselben strategischen Fehler, die die Osmanen um ihr Imperium gebracht haben.

***Für die meisten Bürgerinnen und Bürger ist noch nicht ersichtlich, dass Erdogans ehrgeizige internationale Agenda der Türkei wieder zu alter Größe verhilft.***

Westliche Beobachter gehen überwiegend davon aus, dass Erdogan auf unabsehbare Zeit an der Macht bleiben wird und dass in der Türkei ein demokratischer Wandel nicht mehr möglich ist. Die meisten Türkinnen und Türken sind da anderer Meinung. Einschränkungen der freien Meinungsäußerung, die Inhaftierung vieler kurdischer Politikerinnen und Politiker und andere staatliche Repressalien erschweren den politischen Wettstreit, aber sie garantieren Erdogan und der AKP keinen Sieg bei den nächsten Wahlen, die 2023 stattfinden sollen.

Erdogans Herausforderer bei dieser Wahl wird sicherlich versprechen, eine weniger offensive Außenpolitik zu betreiben und stabilere Beziehungen zu den Weltmächten zu unterhalten. Eine Post-Erdogan-Regierung könnte auch konkrete Schritte unternehmen, um sich von ihrem Vorgänger zu distanzieren. Sie könnte sich wieder entschiedener zur NATO bekennen, die Beziehungen zu regionalen Gegenspielern wie Ägypten und den Vereinigten Arabischen Emiraten normalisieren oder die Beitrittsgespräche der Türkei mit der EU wiederbeleben – selbst wenn diese Bemühungen vergeblich sein sollten.

Als alter Pragmatiker könnte Erdogan selbst versuchen, sich wieder dem Westen zuzuwenden, wenn er das Vorhaben des amerikanischen Präsidenten Joe Biden, die US-geführte Weltordnung wiederaufleben zu lassen, für vielversprechend genug hält, um sich diesem Vorhaben anzuschließen. Falls die Macht der USA jedoch schwindet, wird die Türkei dies als Chance nutzen, sich verstärkt als Akteur in der Weltpolitik zu etablieren. Und es ist schwer vorstellbar, dass irgendein führender AKP- oder auch Oppositionspolitiker sich den nationalistischen Strömungen des Landes entgegenstellt und eine uneingeschränkte prowestliche Haltung einnimmt.

Langfristig wird die unabhängige Außenpolitik der Türkei mit oder ohne den derzeitigen Präsidenten fortbestehen. Ankara wird wahrscheinlich weiterhin seine Herrschaftsansprüche im östlichen Mittelmeer geltend machen, seine Ressourcen in den Ausbau der Rüstungsindustrie stecken und seinen Einfluss auf regionale Belange ausweiten. Sich als loyales Mitglied in die transatlantische Gemeinschaft einzugliedern, ist nicht mehr so attraktiv wie früher und für Ankara sicherlich weniger reizvoll als der Gedanke, seine Machtambitionen nach den eigenen Vorstellungen zu verfolgen. Die Türkei sieht sich in der Rolle eines Imperiumserben und wird weiterhin ihren eigenen Weg gehen – ihren Sonderweg.

© *Foreign Affairs*

*Aus dem Englischen von Christine Hardung*



**Asli Aydintasbas**

Istanbul

Asli Aydıntaşbaş ist Senior Policy Fellow im Programm "Wider Europe" des European Council on Foreign Relations. Ihre Themenschwerpunkte sind die türkische Außenpolitik und die externen Auswirkungen der türkischen Innenpolitik. Außerdem schreibt sie regelmäßig als Kolumnistin für die Washington Post.